

vor, von einer 50jährigen Besetzung Deutschlands durch ausländische Truppen ganz zu schweigen.

Es muß auffallen, daß in der Broschüre die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands zu einem demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Staat umgangen und mit der Forderung nach einseitiger militärischer, wirtschaftlicher und politischer Bindung Westdeutschlands an die Atlantikpaktstaaten die Vertiefung der Spaltung Deutschlands gutgeheißen wird.

Ein gespaltenes Deutschland im Herzen Europas ist jedoch eine Quelle ständiger Spannungen, und die Einbeziehung Westdeutschlands in das aggressive Militärbündnis der EVG bedroht unmittelbar den Frieden.

Die in der Broschüre aufgestellte Behauptung, die Annahme der Vorschläge des britischen Außenministers auf der Berliner Außenministerkonferenz hätte die Anerkennung der Entscheidungsfreiheit einer zukünftigen gesamtdeutschen Regierung in bezug auf die Fragen der EVG bedeutet, wird durch den Abschnitt IV der genannten Vorschläge widerlegt. Dieser Abschnitt besagt, daß die Entscheidungen der gesamtdeutschen Nationalversammlung und der Regierung durch Mehrheitsbeschluß der vier Mächte zurückgewiesen werden können.

Außerdem muß auf die Erklärung Großbritanniens und der USA hingewiesen werden, daß sie jeden Versuch eines Mitgliedstaates der EVG, diesen Vertrag zu lösen, als eine Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit betrachten würden. In diesem Falle maßen sich die Westmächte das Recht an, entsprechend Artikel 6 des Generalvertrages, über Westdeutschland den Ausnahmezustand zu verhängen. Daß man unter diesen Bedingungen nicht von einer Entscheidungsfreiheit einer zukünftigen gesamtdeutschen Regierung sprechen kann, ist offensichtlich.

Die Schlußfolgerung liegt nahe, daß die Verfasser der Broschüre keinen friedliebenden deutschen souveränen Staat wünschen. Es wäre ein Trugschluß zu glauben, daß sich das deutsche Volk auf die Dauer mit der Nichtanerkennung seiner Souveränitätsrechte und mit der Spaltung seiner Heimat abfindet.

Auf ihrem IV. Parteitag hat die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in dem Dokument „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation“ erneut die demokratischen Prinzipien der Politik der Deutschen Demokratischen Republik dargelegt und hervorgehoben, daß der Kampf um den Frieden und um freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern zur Grundlage der Politik der Deutschen Demokratischen Republik gehört.